



Niedersächsisches Landesamt für Verbraucher-
schutz und Lebensmittelsicherheit
Dezernat Binnenfischerei
Eintrachtweg 19
30173 Hannover

Antrag

auf Gewährung eines Zuschusses für ein Vorhaben
der Aquakultur nach der Verordnung (EU) Nr. 2021/1139
zur Durchführung des "Europäischen Meeres-,
Fischerei- und Aquakulturfonds – Programm für Deutschland 2021 – 2027"

A. Allgemeine Angaben

1.1 Name und Vorname der Antragstellerin/des Antragstellers / Bezeichnung der juristischen Person (Unternehmen, Verein, Gemeinde)		
1.1.1 bei juristischen Personen: Vertretungsberechtigte ¹	Name, Vorname:	
1.1.2 Straße, Haus-Nr., Postleitzahl, Ort		
1.1.3 Mobil-Nr.	Telefon-Nr.	E-Mail
1.1.4 Nummer des Begünstigten ² : NI-		

¹ Ggf. auf gesonderter Anlage erweitern

² Für Erstantragsteller im EMFAF: Hier ist zunächst nichts einzutragen, die Nummer wird von der Bewilligungsbehörde dem Antragsteller mitgeteilt. Für ggf. weitere Vorhaben des Antragstellers im EMFAF ist die Nummer zu verwenden und dann vom Antragsteller hier einzutragen.

1.2 Rechtsform der Antragstellerin/des Antragstellers, bitte Zutreffendes ankreuzen			
<input type="checkbox"/> Juristische Person des privaten Rechts (z.B. GmbH, Verband, Verein), weiter bei 1.3 <input type="checkbox"/> Öffentliche Einrichtung, weiter bei 1.4 <input type="checkbox"/> Natürliche Person, weiter bei 1.5			
1.3 Angaben zur juristischen Person des privaten Rechts			
a) Steuer-ID des Unternehmens			
b)	Name der wirtschaftlichen Eigentümerin/des wirtschaftlichen Eigentümers	Beteiligungssatz in %	Steuer-ID
			Geburtsdatum
1.4 Angaben zur öffentlichen Einrichtung			
Steuer-ID/Steuernummer			
1.5 Angaben zur natürlichen Person			
Ausweisnummer			
Geburtsdatum			

2. Angaben zum Vorhaben

2.1 Art des Vorhabens (Zutreffendes bitte ankreuzen, soweit mehrere Vorhaben ausgewählt werden, bitte angeben, bei welchem Vorhaben der Schwerpunkt zu sehen ist)

- produktive Investitionen (Nr. 2.2.1 Buchstabe a der Förderrichtlinie)
- Investitionen zur Verbesserung der Arbeitssicherheit, Gesundheit oder Arbeitsbedingungen (Nr. 2.2.1 Buchstabe b der Förderrichtlinie)
- Investitionen, die der Tiergesundheit und dem Tierschutz dienen (Nr. 2.2.1 Buchstabe c der Förderrichtlinie)
- Diversifizierungen (Nr. 2.2.1 Buchstabe d der Förderrichtlinie)
- Investitionen zur ökologischen Nachhaltigkeit (Nr. 2.2.1 Buchstabe e der RI)
- Investitionen zur Steigerung und/Verbesserung der Energieeffizienz (Nr. 2.2.1 Buchstabe f der Förderrichtlinie)
- Investitionen zur Stärkung der Aquakultur gegenüber dem Klimawandel und Erhöhung der Resilienz (Nr. 2.2.1 Buchstabe g der Förderrichtlinie)
- Beratungsdienste zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit oder Verringerung der Umweltbelastung von Aquakulturunternehmen (Nr. 2.2.1 Buchstabe i der Förderrichtlinie)

2.2 Bezeichnung des Vorhabens

2.3 Ort der Durchführung

Landkreis: _____

3. Kosten und Finanzierung des Vorhabens

3.1 Kosten³ (Fußnoten sind zu beachten)	EURO
3.1.1 Gebäude, bauliche Anlagen	
3.1.2 Technische Anlagen	
3.1.3 Ausstattungen, Maschinen	
3.1.4 Außenanlagen, Erschließungskosten	
3.1.5 Dienstleistungen Dritter	
3.1.6 Sonstige Kosten ⁴	
Insgesamt	
3.1.7 Ggf. Baunebenkosten ⁵	
Gesamtkosten – brutto / netto⁶	

3.2 Finanzierung	EURO
3.2.1 Eigenmittel	
3.2.2 Darlehen ⁷	
3.2.3 Andere Finanzierungsmittel ⁸	
3.2.4 Beantragter Zuschuss ⁹	
Gesamtfinanzierung – brutto / netto¹⁰	

4. <u>Zeitplan zur Vorhabenrealisierung</u>	
4.1 Beginn	4.2 Ende

5. <u>Gewünschter Zeitpunkt Einreichung des Verwendungsnachweises¹¹</u>		
Jahr 20__	Jahr 20__	Jahr 20__
EUR	EUR	EUR

³ Die Kosten sind in einem Kostenplan detaillierter zu beschreiben und mittels Angeboten zu belegen. Bei Bauvorhaben ist eine Kostenschätzung nach DIN 276 vorzulegen.

⁴ Bitte auf gesondertem Blatt detailliert aufschlüsseln.

⁵ Zuwendungsfähig nur in Höhe von bis zu 12 % der Gesamtkosten (nur auszufüllen bei Bauvorhaben).

⁶ Bitte unzutreffendes streichen; nur bei fehlender Möglichkeit zum Vorsteuerabzug sind Bruttokosten zuwendungsfähig.

⁷ Nur zutreffend, wenn die Darlehensaufnahme unmittelbar und nur für dieses Vorhaben erfolgt. In diesem Fall die Kreditbereitschaftserklärung des Kreditinstituts beifügen.

⁸ Art der Mittel erläutern (z. B. Einnahmen durch den Verkauf von gebrauchtem oder Altmaterial im Zusammenhang mit dem Vorhaben).

⁹ Gewährt durch das LAVES im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel aus Mitteln des EMFAF und des Landes Niedersachsen bis zu der nach der Förderrichtlinie vom 26.01.2024 festgelegten Höhe.

¹⁰ Bitte unzutreffendes streichen; vergl. Fußnote zu Nr. 3.1-Gesamtkosten.

¹¹ Es kann max. 1 Verwendungsnachweis pro Haushaltsjahr gestellt werden.

6. Erklärungen

6.a Mir ist bekannt, dass

- ich nach § 1 des Nds. Subventionsgesetzes vom 22.06.1977 i. V. m. § 3 des Subventionsgesetzes (SubvG) vom 29.07.1976 – in den jeweils geltenden Fassungen – verpflichtet bin, der bewilligenden Stelle unverzüglich die Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendung entgegenstehen oder für die Rückforderung der Zuwendung erheblich sind. Zu den subventionserheblichen Tatsachen i. S. d. § 264 Strafgesetzbuch zählen insbesondere die Angaben in diesem Antrag nebst Anlagen (insbesondere die Angaben, von denen die Bewilligung oder Gewährung, das Belassen oder die Rückforderung der Zuwendung abhängig ist), das Erreichen des Zuwendungszweckes sowie das Aufrechterhalten des Zuwendungszweckes während der im Zuwendungsbescheid festgelegten Zweckbindungsfrist, die Angaben in Verwendungsnachweisen und Zahlungsanträgen nebst den dazugehörigen Unterlagen, Sachverhalte, von denen der Widerruf oder die Rücknahme der Bewilligung und die Erstattungen der Zuwendung abhängen. Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen, die unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung vorgenommen wurden (§ 4 Subventionsgesetz). Mir ist bekannt, dass die Nichteinhaltung strafrechtlich verfolgt werden kann.
- für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung neben den Verwaltungsvorschriften zur Niedersächsischen Landeshaushaltsordnung (LHO) und dem Verwaltungsverfahrensgesetz die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Binnenfischerei und Aquakultur in Niedersachsen, Erl. d. ML vom 26.01.2024, Nds. MBl. Nr. 51 Anwendung findet.
- die Bewilligungsbehörde im Bewilligungsbescheid zweckdienliche Nebenbestimmungen oder in einem späteren Änderungsbescheid weitere Auflagen festsetzen kann.
- von der Bewilligungsbehörde auch rückwirkend weitere Unterlagen angefordert werden können.
- nach Anlage II bestimmte Antragsteller Auskünfte aus der nationalen Verstoßdatei der BLE vorzulegen haben und hierfür bestimmte Auskunftsvordrucke zu benutzen sind.
- Forderungsabtretungen oder Verpfändungen der Zuwendung nach § 44 LHO in Verbindung mit Nr. 1.6 ANBest-P ausgeschlossen sind.
- der Antrag nur bearbeitet werden kann, wenn die Angaben vollständig sind und alle erforderlichen Anlagen beigelegt waren bzw. vorliegen.
- alle Änderungen, die dazu führen, dass die tatsächlichen oder rechtliche Verhältnisse nicht mehr mit den Angaben in diesem Antrag übereinstimmen, unverzüglich der Bewilligungsbehörde schriftlich mitzuteilen sind.

6.b Ich bin damit einverstanden, dass

- Die Bewilligungsbehörde in Zusammenhang mit der Förderung personenbezogene Daten auf Datenträger speichert und für Statistik und Erfolgskontrolle auswertet. Die Erklärung der Anlage III „Erklärung der Verwaltungsbehörde EMFAF zur Erfüllung der Informationspflichten“ habe ich zur Kenntnis genommen. Ich bin damit einverstanden, dass die Bewilligungsstelle alle mit der Förderung bekannt gewordenen Daten an die EU-Kommission, alle an der Finanzierung beteiligten Stellen sowie an der Bewertung des Förderprogramms beteiligten wissenschaftlichen Einrichtungen weitergegeben, auf Datenträger gespeichert und für Zwecke der Statistik und der Erfolgskontrolle über die Wirksamkeit des Förderprogramms ausgewertet und Auswertungsergebnisse veröffentlicht werden dürfen. Sie sind berechtigt, jederzeit mit Wirkung für die Zukunft Ihre Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für Zwecke der Statistik und der Erfolgskontrolle über die Wirksamkeit des Programms zu widerrufen. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten darf trotz Ihres Widerrufs der Einwilligung im Einzelfall weiterhin erfolgen, wenn hierfür eine gesetzliche Rechtsgrundlage besteht.
- meine Daten, insbesondere Name und Postleitzahl, Bezeichnung des Vorhabens, seiner Durchführungszeitdaten, Höhe des Gesamtbetrags des Vorhabens und der Zuschussmittel gemäß Artikel 49 Absatz 3 der VO (EU) 2021/1060 öffentlich bekannt gemacht werden. Im Interesse einer verbesserten Transparenz über alle gewährten Zuwendungen sind die Mitgliedsstaaten verpflichtet, dreimal jährlich ein entsprechendes Verzeichnis zu veröffentlichen.

6.c Ich erkläre, dass

- mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde. Als Beginn ist der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten.
- die Nr. 3 dieses Antrags nur Beträge
 - ohne gesetzliche Umsatzsteuer enthält.
 - einschließlich der gesetzlichen Umsatzsteuer enthält.
- ich in Bezug auf das Umsatzsteuerrecht
 - zum Vorsteuerabzug nach § 15 UStG berechtigt bin.
 - nicht zum Vorsteuerabzug nach § 15 UStG berechtigt bin.
 - meine Umsätze nach § 24 UStG versteuere.
- zum Zeitpunkt der Antragstellung keine Gesamtvollstreckung eingeleitet wurde. Mir ist auch nicht bekannt, dass vom Insolvenzgericht Sicherungsmaßnahmen verfügt wurden. Die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens wurde weder von mir noch von einem Gläubiger beantragt bzw. steht bevor.
- ich dieses Vorhaben oder Teile davon bei keiner anderen Stelle zur Förderung vorgelegt habe bzw. vorlegen werde und dass das Vorhaben keine Ersatzbeschaffungen enthält.
- mir die Charta der Grundrechte der EU (<https://www.europarl.europa.eu/germany/de/europ%C3%A4isches-parlament/grundrechtecharta>) bekannt ist. Hierzu zählen u. a. der Grundsatz der Nichtdiskriminierung, die Gleichstellung von Männern und Frauen, die Integration von Menschen mit Behinderung sowie das Recht auf angemessene Arbeitsbedingungen und den Umweltschutz. Diese stellt eine Förderbedingung dar. Ich verpflichte mich, diese Grundrechte zu beachten.
- ich mit dem Vorhaben keine Zucht von genetisch veränderten Organismen betreiben werde
- In Zusammenhang mit dieser Fördermaßnahme wurden/werden
 - keine Einnahmen erzielt
 - Einnahmen (z. B. durch den Verkauf von Altgeräten oder Versicherungsleistungen) erzielt. Diese sind im Finanzierungsplan anzugeben.

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Antrag nebst Anlagen gemachten Angaben und erkenne die Bedingungen, Verpflichtungen, Erklärungen, Sanktionen und Einwilligungen für mich als verbindlich an.

Ort, Datum

Unterschrift der Antragstellerin/des Antragstellers bzw.
der/des Vertretungsberechtigten

B. Textliche Darstellung (Ausführungen soweit zutreffend) ¹²

1.	Begünstige/Begünstigter	13
1.1	Gegenstand und Umfang der Haupttätigkeit der Begünstigten/des Begünstigten	X
1.2	Vorhandene Anlagen der Begünstigten/des Begünstigten mit Angaben der Kapazitäten	X
1.3	Vorhandene Fischarten und fischereiliche Eckdaten, Erzeugungsmenge	X
1.4	Vorhandene Absatzwege (ggf. Karte mit eingezeichnetem Absatzgebiet beifügen)	X
2.	Vorhaben	
2.1	Projektbeschreibung des Vorhabens (vorgesehene Anlagen oder technische Einrichtungen, Kapazitäten, technische Funktionen, Begründung für die Notwendigkeit des Vorhabens). Im Falle von Kapazitätserhöhungen bitte detailliert die Grundlagen für die Schätzung des Absatzes beschreiben. Soweit zutreffend, sollte die Projektbeschreibung enthalten (ggf. ankreuzen):	X
	<ul style="list-style-type: none"> • Fischarten und biotechnologische Eckdaten (Haltungsdichten, Wachstumsraten usw.) • Produktionsmenge • Verfahrenstechnik und Bemessung der Anlage (Produktionseinrichtungen, Klärtechnik, usw.) • Wasserversorgung (Herkunft, Menge und Qualität) • Entsorgung (Ablaufwasser/Abwasser, Schlamm usw.) • Energieversorgung, Heizung, Lüftung • Versorgung mit Jungfischen (Herkunft, Kosten) • Bestandsmanagement (Bestandsaufbau, Sortierung, Verkaufsintervalle usw.) • Arbeitskräftebedarf und Anforderungen an die Qualifikation 	
2.2	Nachweis der Umweltverträglichkeit des Vorhabens; besondere Eignung des Ortes des Vorhabens	

C. Dem Antrag ggf. beizufügende Unterlagen:

1.	Gesellschaftervertrag/Satzung (z. B. GmbH)	
2.	Handelsregisterauszug	
3.	Eigentums- oder Pachtbeweis über Zweckbindungszeitraum	X
4.	KMU-Erklärung (siehe Merkblatt und Excel-Datei)	X
5.	Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnung der letzten 3 Jahre	X
6.	Anlage I: EMFAF-Durchführungsdaten für die Berichterstattung	X
7.	Anlage II: Erklärung zur Zulässigkeit eines EMFAF-Antrages Bei Förderung einer/eines ehemaligen oder aktuellen Seefischerin/Seefischers: Nach Anlage II vorbereiteter Vordruck für eine "EMFAF-Auskunft" oder eine "Selbstauskunft" aus der nationalen Verstoßdatei der BLE. Den Auskunftsvordruck werde ich in der Bewilligungsbehörde persönlich unterschreiben.	X
8.	Anlage III: Erklärung zur Datenschutzgrundverordnung	X
9.	Ggf. Anlage IV: Input/Output (insbesondere bei produktiven Investitionen)	
10.	Ggf. Erklärung zu bestimmten Gesellschaftsformen mit gegenseitigen Vollmachten (z. B. bei GbR)	

¹² Nach dieser Gliederung auf gesonderten Blättern einzureichen

¹³ Beigefügte Unterlagen, Ausführungen und Erklärungen zu den Teilen B und C werden durch Ankreuzen dieser Spalte als Bestandteil des Antrags gekennzeichnet

11.	Übersichtskarten, zeichnerische Darstellungen	
12.	Mindestens ein Angebot für Geräte, Maschinen, Dienstleistungen und sonstige geplante Aufträge zur Plausibilisierung der im Antrag gemachten Kosten; die Angebote sind beigefügt.	X
13.	Wirtschaftlichkeitsberechnung (Nr. 7.3.4 der o.g. Richtlinie)	
14.	Kreditbereitschaftserklärung	
15.	Wasserrechtliche Erlaubnis	
16.	In Fällen der Nr. 2.1.1 Buchst. a und Nr. 2.2.1 Buchst. d (Entwicklung neuer Tätigkeiten) ein Geschäftsplan (Nr. 7.3.10 der Förderrichtlinie)	
17.	Bei Fischwirtinnen und Fischwirten und gleichgestellten Betreiberinnen und Betreibern der Nachweis der persönlichen Fördervoraussetzung gem. Nr. 4.4.2 der Förderungsrichtlinie und deren Bestätigung durch die Landwirtschaftskammer Niedersachsen Fachbereich 3.6 (Nr. 7.3.3 der Förderrichtlinie),	X
18.	Die Stellungnahme der Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Fachbereich 3.6, zum Vorhaben gemäß Nr. 2.1.1 Buchst. a und Nummern 2.2.1 Buchst. a bis g (Nr. 7.3.2 der Förderrichtlinie)	X
19.	Von bereits produzierenden Betrieben der Aquakultur: Nachweis der Registrierung oder Genehmigung nach der Fischseuchenverordnung	
Bei Bauvorhaben		
20.	Qualifizierte Kostenschätzung bzw. detaillierte Kostenberechnung einer beratenden Ingenieurin oder Architektin/eines beratenden Ingenieurs oder Architekten nach DIN 276 oder mindestens ein Angebot je Einzelgewerk bei Gebäuden und baulichen Anlagen zur Plausibilisierung der im Kostenplan gemachten Angaben; die Angebote sind beigefügt.	
21.	Bauzeichnungen, Lageplan, Baugenehmigung, ggf. Bauvoranfrage und –bescheid	
Bei Neueinsteigern		
22.	In Fällen von Neueinsteigern im Aquakultursektor: Vorlage eines Geschäftsplanes	
23.	In Fällen von Neueinsteigern im Aquakultursektor, wenn die Investitionskosten mehr als 50.000 Euro betragen: Vorlage einer Durchführbarkeitsstudie, die auch eine Umweltprüfung beinhalten muss	
24.	In Fällen von Neueinsteigern im Aquakultursektor: Vorlage eines unabhängigen Vermarktungsberichts, der auch aufzeigen muss, dass es gute und nachhaltige Vermarktungsmöglichkeiten für das Erzeugnis gibt	